

Kölner Haus- und Grundbesitzerverein von 1888

Verband der privaten Wohnungswirtschaft

Hohenzollernring 71-73, 50672 Köln, Tel: 0221- 5736 0, Fax: - 5736-203

sekretariat@koelner-hug.de

www.koelner-hug.de



Pressedienst

An die
Lokalredaktion

Köln, den 25.01.2011

Politik darf sich das Heft nicht aus der Hand nehmen lassen

Höhe des Hochhauses war im Falle des Neubaus wohl nie politisch gewollt

Der Vorsitzende des Kölner Haus- und Grundbesitzervereins, Konrad Adenauer, fordert im Hinblick auf die kommende Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses die Kölner Parteien auf, sich mit ihren Entschlüssen zur Fortentwicklung des Geländes „Waidmarkt“ am ursprünglichen Vorhaben, dort das Höhenkonzept gelten zu lassen, zu orientieren.

Adenauer erwartet einen klaren politischen Auftrag an die Verwaltung, sämtliche Möglichkeiten zur Verhinderung eines Neubaus in der geplanten Höhe zu ergreifen. Dabei müsse die Verwaltung von ihrer investorenfreundlichen Haltung Abstand nehmen. Hier gelte es die Chance zu ergreifen, eine städtebauliche Sünde der Vergangenheit zu beseitigen.

Hauptgeschäftsführer Thomas Tewes lässt die von der Verwaltung geäußerte Meinung nicht gelten, es könne keine störende Wirkung und damit keinen Verstoß gegen das Höhenkonzept geben, da ein Gebäude in gleichem Ausmaße ja schon jetzt bestehe. Tewes: „Mit dieser Denkweise bekommen wir keine einzige Bausünde in Köln beseitigt. Gerade der Neubau bietet die einmalige Chance, Veränderungen im Stadtbild herbeizuführen.“

Die Vorlage der Verwaltung für den StEA am kommenden Donnerstag liest sich so, als sei die Höhe des Hochhauses - egal ob Bestand oder Neubau - zur Erreichung der benötigten Flächen von allen Parteien immer so gewollt worden. Auch sei bei jedem Wettbewerbsteilnehmer das Hochhaus Bestandteil der Planung gewesen.

Tewes: „Jeder wusste, dass im Falle des Abrisses ein neues Hochhaus nie genehmigt worden wäre. Also sind alle vom Bestand ausgegangen. Herr Streitberger hat selbst zugegeben, dass die Möglichkeit eines Neubaus nie kommuniziert wurde, er selbst sogar nie daran gedacht habe. So ist es allen ergangen. Ein sanierter Bestand ist einem unsanierten immer vorzuziehen. In dieser Hinsicht bestand Einigkeit. Ich bin mir jedoch sicher - und so zeigen es mir die Reaktionen bis heute - dass im Falle eines Neubaus die Beschlusslage eine andere gewesen wäre.“

Die Politik habe daher nun die einmalige Chance, diese „Kommunikationspanne“ auszubügeln. Dieser Möglichkeit dürfe man sich nicht berauben.